

## Bekanntmachung

über Rohzucker und Zuckerrüben im Betriebsjahr 1917/18.  
Vom 2. Dezember 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Rübenverarbeitende Fabriken dürfen in Verträgen über Lieferung von Zuckerrüben für das Betriebsjahr 1917/18 keinen niedrigeren Preis für 50 Kilogramm vereinbaren als 0,95 Mark über dem im Betriebsjahr 1913/14 von ihnen für Kaufrüben gezahlten Preise. Verträge, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung zu einem niedrigeren Preise abgeschlossen sind, gelten, soweit im Betriebsjahr 1917/18 zu liefern ist, als zu diesem Mindestpreis abgeschlossen.

Soweit Aktionäre oder Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Grund des Gesellschaftsvertrages zur Lieferung verpflichtet sind, finden die Vorschriften in Absatz 1 sinngemäß Anwendung; in diesem Falle wird der feste Geldpreis zugrunde gelegt, der im Betriebsjahr 1913/14 für die auf Grund des Gesellschaftsvertrages gelieferten Rüben gezahlt ist.

Bei Fabriken, die für das Betriebsjahr 1913/14 Verträge der im Absatz 1 und 2 bezeichneten Art nicht abgeschlossen hatten, beträgt der Mindestpreis für Rüben 2 Mark für 50 Kilogramm.

Bei Berechnung des Mindestpreises bleiben Abreden über Erhöhung des vereinbarten Preises mit Rücksicht auf den Zuckergehalt, den Gewinn der Zuckerfabrik oder sonstige Umstände sowie über Nebenleistungen außer Betracht.

Der Reichskanzler kann weitere Bestimmungen treffen und Ausnahmen zulassen.

§ 2. Der Preis des von den Rohzuckerfabriken im Betriebsjahr 1917/18 hergestellten Rohzuckers wird für 50 Kilogramm von 88 vom Hundert Ausbeute ohne Sach frei Magdeburg auf 18 Mark festgesetzt. Monatszulage werden nicht gewährt.

Der Reichskanzler bestimmt auf dieser Grundlage die Preise, die für die einzelnen Fabriken frei Verladung gelten, sowie die Preise für Rohzucker, der außerhalb des Standorts der Fabriken eingelagert ist.

§ 3. Die Rübenverarbeitenden Zuckerfabriken sind berechtigt, von Rübenbauern, die ihnen Zuckerrüben aus der Ernte des Jahres 1916 zu liefern verpflichtet sind, für das Erntejahr 1917 Lieferung von Zuckerrüben von einer gleich großen Anbaufläche wie 1916 zu verlangen. Dabei gelten, soweit nicht eine andere Vereinbarung zustande kommt, die für das Erntejahr 1916 vereinbarten Bedingungen vorbehaltlich der Vorschrift im § 1.

Das Verlangen (Abs. 1) kann nur bis zum 15. Januar 1917 einschließlich gestellt werden.

§ 4. Ergibt sich bei der Frage, ob die §§ 1, 3 Anwendung finden, sowie bei Anwendung dieser Vorschriften selbst Streitigkeiten, so kann jede Partei eine Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk die Fabrik liegt, darüber beantragen, zu welchen Bedingungen die Rüben zu liefern sind. Die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet nach freiem Ermessen; sie kann Ausnahmen von der im § 3 festgesetzten Verpflichtung zulassen, wenn dies im Interesse der Volksernährung oder mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im Betriebe des Rübenbauers geboten erscheint. Die Entscheidung ist endgültig und für die Gerichte bindend.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde anzusehen ist.

§ 5. Kaufverträge über Rohzucker aus dem Betriebsjahr 1917/18 dürfen bis auf weiteres nicht abgeschlossen werden. Verträge, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen sind, sind nichtig.

§ 6. Rübenverarbeitende Zuckerfabriken dürfen von den zuckerhaltigen Futtermitteln, die sie im Betriebsjahr 1917/18 herstellen, an die rübenliefernden Landwirte zurückliefern:

1. 85 vom Hundert des Gesamtgewichts der anfallenden nassen Schnitzel in Form von nassen Schnitzeln oder die entsprechende Menge in Form von Trockenchnitzeln oder Melassechnitzeln oder 50 vom Hundert des Gesamtgewichts der anfallenden Stettenschnitzeln;
2. Rohzucker melasse in Gesamtgewichte von einem Fünftel vom Hundert der gelieferten Rüben. Die Melasse kann als Melasse oder angetrocknet an Schnitzel geliefert werden; im letzteren Falle dürfen entsprechend mehr Melassechnitzel als nach Nummer 1 zulässig zurückgeliefert werden.

Im übrigen verbleibt es hinsichtlich der zuckerhaltigen Futtermittel bei den bisherigen Vorschriften. Soweit Schnitzel und Melasse hiernach im öffentlichen Interesse in Anspruch genommen werden, wird als Übernahmepreis festgesetzt:

für nasse Schnitzel . . .	0,80 Mark für 50 Kilogramm
für Trockenchnitzel ohne Sach . . .	12,— " " 50 " "
für Zuckerschnitzel nach dem Stettenschnitzel-Verfahren ohne Sach . . .	15,— " " 50 " "
für Rohzucker melasse mit einem Zuckergehalte von 50 vom Hundert . . .	7,50 " " 50 " "

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 2. Dezember 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.  
Dr. Helfferich.

## Bekanntmachung

über Rohzucker und Zuckerrüben im Betriebsjahr 1917/18.  
Vom 7. Dezember 1916.

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 4 der Bundesratsverordnung über Rohzucker und Zuckerrüben im Betriebsjahr 1917/18 vom 2. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. Seite 1324) ist der Provinzialausschuß.

Darmstadt, den 7. Dezember 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Sombertgl.

## XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.  
Abt. IVa Tgb.-Nr. 22250.

Frankfurt a. M., den 4. Dezember 1916.

Betr.: „Ausstellung von Ausweisarten für Heeresnäharbeiten im Korpsbezirk.“

Mit Heeresnäharbeiten dürfen, gleichgültig ob es sich um einen gewerblichen oder gemeinnützigen Betrieb handelt, in erster Linie nur beschäftigt werden:

- a) Gelernte Berufsarbeiter und Berufsarbeiterinnen aus dem Schneidergewerbe und verwandten Berufen (Gruppe I) in zweiter Linie:
- b) nur solche Frauen und Mädchen, die auf die Beschäftigung mit Heeresnäharbeiten als einzige Einnahmequelle angewiesen sind, (Gruppe II) und in dritter Linie:
- c) auch solche Frauen und Mädchen, die nur mit Hilfe einer solchen Beschäftigung einen den Verhältnissen entsprechenden bescheidenen Lebensunterhalt erlangen können. (Gruppe III).

Heeresnäharbeiten dürfen also z. B. solche Frauen und Mädchen nicht erhalten:

die voll arbeitsfähig sind, sich in ihren häuslichen Pflichten vertreten lassen und in jedem anderen Arbeitszweig und gegebenenfalls auch an anderen Arbeitsorten tätig sein können, oder die sonstige Einnahmequellen haben, aus denen sie einen bescheidenen Lebensunterhalt bestreiten können.

Jugendliche Personen, (unter 16 Jahren) mit Ausnahme der Schneiderlehrlinge dürfen nicht mit Heeresnäharbeiten beschäftigt werden, es sei denn, daß ganz besondere Ausnahmeverhältnisse vorliegen.

Bei Ueberangebot von Näherinnen sind diese innerhalb der Gruppen II, III nach Möglichkeit in folgender Reihenfolge vorzugsweise zu berücksichtigen:

- a) Frauen und Mädchen, die erwerbsunfähige Kinder und sonstige erwerbsunfähige Familienangehörige zu unterhalten oder zu unterstützen haben,
- b) vermindert arbeitsfähige Frauen und Mädchen.

Zwischenmeister, Seimarbeiter usw. dürfen nur von einer Anfertigungsstelle mit Arbeiten beschäftigt werden. Es ist den Anfertigungsstellen verboten, Personen, die von irgend einer anderen Anfertigungsstelle Arbeiten erhalten, ebenfalls Arbeiten zuzuwenden, bzw. solche auch noch zu beschäftigen.

Ebenso ist es den Zwischenmeistern, Seimarbeitern usw. nur gestattet, für eine Anfertigungsstelle zu arbeiten. Selbständigen Anfertigungsstellen ist es unterlagt, für andere Anfertigungsstellen Arbeit zu übernehmen.

Alle Arbeitnehmer, die mit Heeresnäharbeiten beschäftigt werden, auch selbständige Meister, die bei der Herstellung selbst praktisch mitarbeiten, bedürfen der Ausweisarte.

Während der Beschäftigung mit Heeresnäharbeiten bleibt die Karte bei der Beschäftigungsstelle (Arbeitgeber); diese hat wöchentlich die zugeteilten Arbeitsmengen einzutragen und vom Arbeitnehmer bescheinigen zu lassen.



Beginn und Ende der Beschäftigung sind in die Karte einzutragen; beim Aufheben oder Wechseln der Beschäftigungskarte ist die Karte dem Arbeitnehmer unaufgefordert auszuhandigen. Jeder Ab- und Zugang an Beschäftigten ist der zuständigen Verteilungskasse wöchentlich mitzuteilen.

Alle in der Karte nicht ausdrücklich vorgesehenen Eintragungen sind verboten.

Gewähr für eine Beschäftigung bietet die Ausweisarte nicht. Jede Verpächterung von Beschäftigung ohne Ausweisarte sowie jeder Mißbrauch der Karte wird bestraft. Nur bei genauer Innehaltung dieser Vorschriften kann auf Berücksichtigung mit Heeresangehörigen seitens des Reserve-Bekleidungsamtes gerechnet werden.

Die Ausstellung und Ausgabe der Ausweisarten hat durch die Ortsbehörden oder durch die von den Ortsbehörden hierzu bestimmten Dienststellen oder Personen (Pfarrer, Lehrer usw.) zu erfolgen.

Ueber die ausgestellten, Ausweisarten sind von den Ausstellern Listen zu führen.

Bei den Landgemeinden bedarf die Uebertragung der Ausstellung an andere Dienststellen oder Personen der Genehmigung des Kreisamtes bzw. Landratsamtes.

Für verloren gegangene Ausweisarten dürfen Ersatzkarten erst ausgestellt werden, nachdem die ausstellende Dienststelle sich hierüber mit der zuständigen Verteilungskasse des Arbeitsgebers, bei der die zweite Ausfertigung der Ausweisarte lagert, in Verbindung gesetzt hat.

Den Arbeitgebern werden die notwendigen Eintragungen auf der Rückseite der Ausweisarten betr. Anfang und Ende der Beschäftigung, sowie der zugeteilten Arbeitsmenge zur Pflicht gemacht.

Das Reserve-Bekleidungsamt ist berechtigt, bei den Arbeitgebern die Ausweisarten auf richtige Ausführung der Eintragungen prüfen zu lassen, bzw. die Karten zur Prüfung einzufordern.

Die Bordrücke zu den Ausweisarten sind von dem Mitteldeutschen Arbeitsnachweis-Verband zu Frankfurt a. M., Str. Friedbergstraße 23 gegen Erstattung der Selbstkosten zu beziehen.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. IIIb. Tgb.-Nr. 22 837/7026.

Frankfurt a. M., 6. Dezember 1916.

Betr.: Versendung von Paketen nach Belgien.

Verordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimme ich:

Expeditionsfirmen ist es verboten, bei ihnen einzeln eingehende Pakete nach Belgien in Sammeladungen weiter zu befördern.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Der stellvertretende Kommandierende General:

Riedel, Generalleutnant.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Verordnung ist ortsäblich zu veröffentlichen, und sind Expeditionsfirmen darauf hinzuweisen.

Gießen, den 15. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b. Tgb.-Nr. 23 593/7148.

Frankfurt a. M., den 9. Dezember 1916.

Betr.: Entladung von Eisenbahnwagen.

Verordnung.

Auf Grund der §§ 4 und 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimme ich:

Den Empfängern von Wagenladungen auf den Eisenbahnen wird verboten, zur Entladung bestimmte Wagen über die Entladezeit hinaus stehen zu lassen, nachdem sie eine Aufforderung der Bahnbehörde zur Entladung erhalten haben.

Im Falle einer Zuwiderhandlung tritt Bestrafung auf Grund der angezogenen Gesetzesbestimmungen ein; auch werden die Bahnbehörden ermächtigt, Zwangsentladung und Zwangszuführung der Güter auf Kosten der Empfänger eintreten zu lassen.

Der stellv. Kommandierende General:

Riedel, Generalleutnant.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Verordnung ist ortsäblich bekannt zu machen.

Gießen, den 15. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Wegen der Notwendigkeit der Beschaffung des Heues für die Heeresverwaltung wird folgendes angeordnet:

1. Die Anfuhr von Heu aus dem Kreise Gießen ist verboten.

2. Der Verkauf innerhalb des Kreises darf nur mit unserer Genehmigung erfolgen; die Genehmigung ist durch schriftliches Gesuch einzubohlen.

3. Zum Ankauf von Heu für die Heeresverwaltung ist nur unser Kommissär, die Firma „Vereinigte Getreidehändler G. m. b. H. in Gießen“ befugt. Andere Händler sind nicht zugelassen.

4. Die Landwirte haben verfügbare Heuvorräte bei Weidung der Enteignung zu dem für Heereslieferung gesetzlich festgesetzten Preise abzugeben. (§ 4 der Verordnung des Reichskanzlers vom 7. Oktober 1916, Kreisblatt Nr. 132.) Bei zwangsweiser Herbeiführung der Lieferung tritt eine Preisermäßigung von je 10 M. für die Tonne ein.

Gießen, den 15. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist ortsäblich zu veröffentlichen und es ist für Durchführung der Lieferung zu sorgen. In gleicher Weise ist die Ablieferung des Stroh an die Heeresverwaltung zu fördern.

Gießen, den 15. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Sammlungen von Altkummi und Gummiabfällen.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Sie wollen ortsäblich bekannt machen, daß Altkummi und Gummiabfälle an die Sammelstelle des Roten Kreuzes in Lich, Dungen, Grünberg, Vollar und Gießen abzuliefern sind.

Gießen, den 12. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Monatl. Uebersicht der Todesfälle in der Stadt Gießen.

Monat November 1916.

Einwohnerzahl: angenommen zu 83 100 (inkl. 1800 Mann Militär).

Sterblichkeitsziffer: 21,39 ‰.

Nach Abzug von 29 Ortsfremden: 10,9 ‰.

Es starben an	Zahl.	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Angeborener Lebensschwäche	2	—	2	—
Altersschwäche	4 (1)	4 (1)	—	—
Epilepsie und Krupp	8 (7)	1 (1)	—	7 (6)
Reuchhusten	1	—	1	—
Tuberkulose der Lungen	4	4	—	—
Tuberkulose anderer Organe	2 (1)	2 (1)	—	—
Akute Miliartuberkulose	1 (1)	1 (1)	—	—
Lungenentzündung	2	2	—	—
Syphilis	1 (1)	1 (1)	—	—
Krankheiten der Atmungsorgane	2 (1)	2 (1)	—	—
Krankheiten der Kreislaufsorgane	5 (3)	4 (2)	—	1 (1)
Gehirnschlag	2 (1)	2 (1)	—	—
anderen Krankheiten des Nervensystems	4 (4)	3 (3)	—	1 (1)
anderen Krankheiten der Verdauungsorgane	3 (3)	3 (3)	—	—
Blinddarmentzündung	2 (2)	—	—	2 (2)
Krankheiten der Harnorgane	3 (1)	3 (1)	—	—
Krebs	7 (2)	7 (2)	—	—
anderen Neubildungen	2	2	—	—
Selbstmord	1	1	—	—
Verunglückung	1	1	—	—
anderen benannten Todesursachen	2 (1)	1	1 (1)	—
Summa	59 (29)	44 (18)	4 (1)	11 (10)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Veröffentlichung des Großh. Kreisgesundheitsamts Gießen.

Dr. Walger, Med.-Nat.